



Analysen eidgenössischer Urnengänge
Analyses des votations fédérales
Analisi delle votazioni federali

Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 13. Februar 2011

Alessandro Nai, Pascal Sciarini

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein
Volksinitiative «Für den Schutz vor Waffengewalt»	1'083'161 43.7 %	1'395'806 56.3 %

Stimmbeteiligung: 48.8 %

gfs.bern
Menschen.Meinungen.Märkte.

Hirschengraben 5
3001 Bern

Tel. 031 311 08 06
Fax 031 311 08 19
E-Mail info@gfsbern.ch

Universität Genf
Département de science politique
et relations internationales
40, Boulevard du Pont-d'Arve
1211 Genf

Tel. 022 379 83 62
Fax 022 379 83 64
E-Mail secrétariat-politic@unige.ch

VOX 105 vom 13. Februar 2011

Hauptresultate der Analyse der Abstimmung vom 13.02.2011

Am 13. Februar 2011 wurde dem Schweizer Volk und den Kantonen ein einziger Gegenstand zur Abstimmung vorgelegt: die Volksinitiative «Für den Schutz vor Waffengewalt». Die «Waffeninitiative» war von der Sozialdemokratischen Partei (SP) lanciert worden und wollte das bestehende Bewilligungs- und Kontrollsystem für Waffen durch ein neues ersetzen. Danach hätten alle Armeewaffen im Zeughaus deponiert und ein zentrales Waffenregister angelegt werden müssen, das die bestehenden kantonalen Register ersetzt hätte. Zudem forderte die Initiative einen Bedarfs- und Fähigkeitsnachweis für den Umgang mit Feuerwaffen und Munition.

Wie häufig bei Volksinitiativen aus dem linken Lager waren die Schweizer StimmbürgerInnen auch der Waffeninitiative gegenüber relativ positiv eingestellt, doch als sich der Bundesrat und die Gegnerschaft in die Abstimmungskampagne einschalteten, schwand das Ja-Stimmen-Potenzial im Verlauf der Kampagne stark. Die Waffeninitiative wurde am 13. Februar denn auch recht eindeutig abgelehnt – mit 56.3 % der Stimmberechtigten und 17,5 Kantonen von 23. Die Abstimmungskarte offenbart einen Gegensatz zwischen Stadt und Land sowie Unterschiede zwischen den Landesteilen: Mit Ausnahme des Kantons Freiburg und Wallis haben alle Westschweizer Kantone die Initiative angenommen, während sie der Kanton Tessin und die Deutschschweizer Kantone ausser Basel-Stadt und Zürich verworfen haben.

Obwohl dieser Initiative im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 2000 eine geringere Bedeutung beigemessen wurde und sie die einzige Vorlage am 13. Februar 2011 war, fiel die Stimmbeteiligung recht hoch aus (48.8 %).

Die Stimmbeteiligung stieg mit zunehmendem Alter und Bildungsstand; sie variierte zudem im Verhältnis zum Zivilstand: Ledige gingen unabhängig von ihrem Alter und Wohnort deutlich weniger zur Urne als verheiratete oder in Partnerschaft lebende, geschiedene/getrennte Personen und Witwen/Witwer. Frauen stimmten nicht mehr ab als Männer.

Besonders stark war die Mobilisierung an beiden Enden des politischen Spektrums: Am höchsten war die Stimmbeteiligung bei den Personen, die sich an den äusseren Enden der Links-Rechts-Achse einstuften, während sie zur Mitte hin abnahm. Diese Verteilung wird auch bei der Stimmbeteiligung der SympathisantInnen einer Partei deutlich: Am häufigsten ging die Anhängerschaft der SVP und der Grünen, gefolgt von jener der SP, stimmen, wobei bei Letzterer die Mobilisierung nicht massiv ausfiel, obwohl die Initiative von ihrer bevorzugten Partei kam.

Ob man eine Waffe zu Hause hat oder nicht, wirkte sich nicht signifikant auf die Stimmbeteiligung aus. Aktiv- und Passivmitglieder von Schützenvereinen sowie Personen, die sich eine Mitgliedschaft bei einem Schützenverein vorstellen könnten, gingen besonders häufig abstimmen.

Wie üblich war das Interesse für Politik der ausschlaggebende Faktor für die Stimmbeteiligung.

Die Stimmenden fanden es leicht, sich eine Meinung zur Initiative «Für den Schutz vor Waffengewalt» zu bilden und der Anteil der Befragten, die sich schon früh entschieden hatten, war sehr hoch. Ausserdem haben die Stimmenden die verschiedenen Informationsquellen relativ intensiv genutzt.

Der Stimmentscheid zur Volksinitiative «Für den Schutz vor Waffengewalt» hing stark von den politischen Merkmalen der Stimmenden ab. Erstens gab es bei der Abstimmung eine starke Links-Rechts-Polarisierung. Die Akzeptanz der Initiative nahm ab, je weiter links man sich auf der Links-Rechts-Achse befand. In der Anhängerschaft der SP und der Grünen war die Unterstützung für die Initiative stark, während sie bei jener der FDP, der Liberalen, der CVP und vor allem der SVP auf Ablehnung stiess. Aber auch Personen, die keiner Partei nahestehen, haben sie abgelehnt.

Zweitens haben auch die politischen Wertvorstellungen der Stimmenden eine erhebliche Rolle gespielt. Das Gegensatzpaar «offen-verschlossen» oder «modern-traditionell», das bei Abstimmungen häufig zentral ist, kam auch bei dieser Abstimmung stark zum Tragen. Menschen, die für eine offene, moderne Schweiz sind, stimmten massiv Ja, während jene, die für eine traditionelle, verschlossene Schweiz eintreten, unzweideutig Nein sagten. Die Wertvorstellungen gingen bei der Armee, der Chancengleichheit für Schweizer und Ausländer und dem Spannungsfeld von Modernität und Tradition sowie von Weltoffenheit und Verslossenheit auseinander.

Den Stimmentscheid beeinflusst haben zudem die soziodemografischen Merkmale der Stimmenden. Je höher das Bildungsniveau desto eher wurde die Initiative angenommen; je höher hingegen das Alter der Stimmenden desto weniger wurde sie angenommen. Damit hatte das Alter einen doppelten Einfluss: Einerseits stimmten die älteren Stimmberechtigten – wie immer – häufiger ab und andererseits war in dieser Altersgruppe der Nein-Anteil höher, während die Jüngeren die Initiative wohl annahmen, doch – wie immer – weniger an die Urne gingen. Wie zu erwarten war, haben die Frauen die Initiative spürbar häufiger angenommen als die Männer. Der Ja-Stimmenanteil ist auch in den oberen Einkommensschichten höher – allerdings ist das Verhältnis nicht linear.

Der Waffenbesitz zu Hause und die Mitgliedschaft bei einem Schützenverein hatten einen starken Einfluss auf die Ablehnung der Initiative. Zwar sind diese beiden Gruppen unter den Stimmenden in der Gesamtbevölkerung eine Minderheit, doch haben sie mit ihrem eindeutigen Nein zur Initiative trotzdem den Ausschlag für deren Ablehnung gegeben.

Befragte man die Ja-Stimmenden nach ihren Motiven, nannten sie spontan vor allem zwei Gründe: Ein grosser Anteil der BefürworterInnen sagte, es nütze nichts, Waffen zu Hause zu haben. Sie sind übereinstimmend mit der Pro-Kampagne der Auffassung, dass Waffen heutzutage nichts mehr zu Hause verloren haben. Andere Ja-Stimmende rechtfertigten ihre Annahme mit der grossen Gefahr, welche Waffen zu Hause darstellten. Ihrer Ansicht nach sind Waffen gefährlich und es muss ein besserer Schutz für Kinder und die Familie allgemein geboten werden. Mit der Initiative könne man Selbstmorde verhindern.

Auch bei den Nein-Stimmenden dominierten zwei Gründe: Das Hauptmotiv hing mit dem Wunsch nach Wahrung der persönlichen Freiheit und Eigenverantwortung zusammen. Ein grosser Anteil der GegnerInnen setzte an der Initiative aus, die persönliche Freiheit werde eingeschränkt, unter anderem indem zu viele Verbote erlassen und die Schweizer Traditionen unterhöhlt würden. Andere Nein-Stimmende machten geltend, dass die gegenwärtige Gesetzgebung vollauf genüge, die Volksinitiative daher nichts bringen und vor allem mehr Bürokratie schaffen würde. Eine dritte, kleinere Gruppe war der Meinung, die Initiative verhindere keine Selbstmorde. Das Argument der SVP, wonach die Initiative vor allem ausländischen Kriminellen zugute käme, wurde nur von einer schwachen Minderheit der GegnerInnen angeführt.

Die befürwortenden Argumente (eine Waffe zu Hause zu haben ist gefährlich, Auswirkungen auf die Selbstmorde, eine Waffe zu Hause zu haben ist nicht mehr zeitgemäss) wurden von den Ja-Stimmenden stark unterstützt und von den Nein-Stimmenden ebenso stark abgelehnt - ein Zeichen für die polarisierende Wirkung dieser Argumente. Bei den drei Argumenten, die von den GegnerInnen der Initiative vorgebracht und die den Teilnehmenden der VOX-Befragung zur Bewertung vorgelegt wurden, rief nur eines (Infragestellung der Milizarmee und der Traditionen) eine Polarisierung der Stimmenden hervor. Das Argument, die geltenden Gesetze reichten aus, wurde auch von der Anhängerschaft gut aufgenommen, während jenes der Begünstigung ausländischer Krimineller am wenigsten polarisierte und am meisten Unentschiedenheit hervorrief – ein weiteres Zeichen, dass das SVP-Argument nicht verfiel.

Zur Methode

Die Analyse der Abstimmung vom 13. Februar 2011 in diesem Bericht beruht auf den Ergebnissen der VOX-Befragung 105. Das Forschungsinstitut gfs.bern führte die Befragung durch und die Abteilung für Politikwissenschaft der Universität Genf analysierte die erhobenen Daten. Die Daten wurden anhand von standardisierten Telefoninterviews erhoben, die im Schnitt rund 18 Minuten dauerten und von 74 BefragterInnen von zu Hause aus durchgeführt wurden. Das Forschungsinstitut gfs.bern besass dabei als Kontrollinstitut die Möglichkeit, die Interviews ohne Vorankündigung zu beaufsichtigen. Die Untersuchung beruht auf einer repräsentativen Befragung, die in der ganzen Schweiz innerhalb von zwei Wochen nach der Volksabstimmung durchgeführt wurde. Die Stichprobe umfasst 1503 stimmberechtigte Personen und die Stichprobenziehung erfolgte in einem dreistufigen Zufallsverfahren – Landesteile, Haushalte und in diesen Haushalten lebende Personen, wobei 53.3 % der Personen dieser Stichprobe aus der Deutschschweiz, 26.7 % aus der Westschweiz und 20 % aus der italienischen Schweiz stammen (ungewichtet). Mit einer Ziehung im Zufallsverfahren und einer Verteilung der Prozentwerte von 50:50 ergibt sich bei unserer Stichprobe von 1503 Personen eine Fehlermarge von rund $\pm 2.4\%$ mit einer Plausibilitätsschwelle von 95 %. Vorsicht bei der Interpretation der Daten ist dort geboten, wo die Subsamples klein sind und die Verteilung der Prozentwerte zugleich ausgeglichen ist. In solchen Fällen können aufgrund des grösseren Stichprobenfehlers keine Aussagen über Mehrheitsverhältnisse gemacht werden.